

Niederschrift über die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.02.2026, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Dirk Christian de Beyer	VOLT	
Herr Henning Jaske	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Erich Prinz
Herr Bernhard Kestermann	CDU	Vertretung für Herrn Holger Weiling
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Alexander Ruthmann	CDU	Vertretung für Herrn Thomas Bücking
Frau Frieda-Marie Schmitz	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	anwesend bis TOP N1
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
beratende Mitglieder		
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann	Kämmerin	
Herr Frank Noll	FB 20	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Katharina Woltering	FB 10	
Gäste		
Herr Dominik Möller	Feuerwehr Coesfeld	

Schriftführung: Frau Katharina Woltering

Herr Dennis Bachmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:40 Uhr.

Herr Bachmann teilt mit, dass der TOP 4 verwaltungsseitig wegen eines redaktionellen Fehlers abgesetzt werden soll.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt 4 abzusetzen.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Bericht der Feuerwehr über das Einsatzaufkommen im Jahr 2025
Vorlage: 030/2026
- 3 Änderung der Verwaltungsgebührensatzung
Vorlage: 006/2026
- 4 Änderung der Hauptsatzung bezüglich Anregungen und Beschwerden
Vorlage: 400/2025
- 5 StadtBus im On-Demand-Verkehr: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld
Vorlage: 035/2026
- 6 Anträge der Fraktionen zum Stellenplan
- 6.1 Klimaschutz- und Projekt-Koordination - Anträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Pro Coesfeld zum Stellenplan 2026
Vorlage: 050/2026
- 6.2 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Stellenbemessung im Fachbereich 70 „Straßenneubau, -unterhaltung, Brücken“
Vorlage: 051/2026
- 7 Stellenplan 2026
Vorlage: 022/2026
- 8 Machbarkeitsstudien Grundschulen - Umbaumaßnahmen
Vorlage: 319/2025
- 9 OGS-Ausbau: Ludgerischule - Alternative Umsetzungsvariante
Vorlage: 415/2025
- 10 Soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften
Vorlage: 002/2026
- 11 Antrag auf Basisfinanzierung des Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Coesfeld e.V.
Vorlage: 210/2025
- 12 Anträge der Fraktionen zum Haushalt
- 12.1 Antrag auf Zurückstellung des Baus der Hochsicherheitspoller am Marktplatz
Vorlage: 034/2026
- 12.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aufstockung Klimaschutzfonds
Vorlage: 026/2026
- 12.3 Antrag zum Haushalt 2026 auf Bereitstellung finanzieller Mittel für die Anschaffung mobilen Equipments zur Videoübertragung von Ausschusssitzungen
Vorlage: 039/2026

- 12.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Investition 70STR121 soll mit einer neuen Überplanung reduziert werden.
Vorlage: 048/2026
- 12.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Reduzierung im Budget 60 Produkt 60.01.
Vorlage: 036/2026
- 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: 028/2026
- 14 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Verlängerung Erbbaurecht DJK Lette
Vorlage: 310/2025
- 3 Reservierung einer Gewerbefläche
Vorlage: 237/2025
- 4 Veräußerung von Grundstücksteilflächen
Vorlage: 024/2026
- 5 Veräußerung eines Grundstücks
Vorlage: 412/2025
- 6 Veräußerung von zwei Teilflächen
Vorlage: 038/2026
- 7 Ankauf einer Gewerbefläche
Vorlage: 037/2026
- 8 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet auf eine Anfrage der Fraktion Pro Coesfeld zu angemieteten Büroarbeitsplätzen. Es seien sieben Arbeitsplätze angemietet worden für das Team des Stadtmarketings. Neben den Mietkosten würden keine zusätzlichen Kosten entstehen, da das Team genauso verwaltet werde, wie die Büroarbeitsplätze in den Hauptgebäuden. Das Mietverhältnis bestehe auf unbestimmte Zeit.

TOP 2	Bericht der Feuerwehr über das Einsatzaufkommen im Jahr 2025 Vorlage: 030/2026
-------	---

Der stellvertretende Leiter der Feuerwehr Coesfeld, Dominik Möller, gibt einen Einblick über die Einsatzzahlen im Jahr 2025. Die entsprechende Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

TOP 3	Änderung der Verwaltungsgebührensatzung Vorlage: 006/2026
-------	--

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigelegte 3. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Coesfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 4	Änderung der Hauptsatzung bezüglich Anregungen und Beschwerden Vorlage: 400/2025
-------	---

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

TOP 5	StadtBus im On-Demand-Verkehr: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld Vorlage: 035/2026
-------	--

Beschlussvorschlag:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen Kreis und Stadt Coesfeld zur zweckgebundenen und befristeten Delegation der Vergabezuständigkeit und der ebenso zweckgebundenen und befristeten ÖPNV-Aufgabenträgerschaft zur Umsetzung des Förderprojektes „On-Demand-StadtBus in der Stadt Coesfeld“ wird – vorbehaltlich einer Förderzusage an die Stadt Coesfeld – zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 6	Anträge der Fraktionen zum Stellenplan
TOP 6.1	Klimaschutz- und Projekt-Koordination - Anträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Pro Coesfeld zum Stellenplan 2026 Vorlage: 050/2026

Herr Volmer teilt mit, dass die Fraktion Pro Coesfeld die Intention der Verwaltung begrüßen würde, einen Projektkoordinator zu installieren. Allerdings sei dies in der Verwaltung selbst zu stemmen und zu organisieren. Das Klima- und Projektmanagement könne als Stabsstelle eingerichtet werden, ohne eine weitere Stelle.

Herr Tranel berichtet, dass die CDU-Fraktion dies ähnlich sehe. Die Stabsstelle könne eingerichtet werden, aber stellenplanneutral. Es sollen also keine drei Stellen in die Stabsstelle eingestellt werden, sondern nur zwei, wovon eine den Fokus auf das Projektmanagement legen solle.

Frau Albertz spricht sich gegen eine Abschwächung des Klimamanagements aus und bezieht sich auf die in der Vorlage erwähnten Aufgaben. Es sei von Beginn an immer mehr Leistung von den Klimamanagerinnen gefordert worden. Der Klimaschutz sei kein grünes Bonbon, sondern existenziell für die Bürgerinnen und Bürger.

Herr Nielsen wirft ein, dass es in der Diskussion nicht um Personen gehe, sondern darum, wie eine Stelle genutzt werden könne. Auch die SPD-Fraktion sei für die Schaffung der Stabsstelle.

Herr Tranel ergänzt, dass Klimaschutz nicht nur durch die beiden Stellen im Klimamanagement betrieben werde, sondern von vielen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung. Der Beschlussvorschlag sei keine Missachtung der Arbeit der Klimamanagerinnen.

Herr I. Beigeordneter Hänsel stellt abschließend klar, dass viele Mitarbeitende den Klimaschutz hochhalten würden, aber dass dies vor allem durch die beiden Klimamanagerinnen begründet sei. Zudem mahnt Herr Hänsel an, dass Klimaschutz finanziell nicht mit anderen Themen, wie z. B. dem Straßenbau aufgewogen werden soll.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Die Einrichtung der Stelle Projektmanagement soll Stellenplanneutral erfolgen. Hierfür kann eine der beiden Stellen genutzt werden, die aus dem Produktbereich 14 - Umweltschutz in eine neue Stabsstelle überführt werden sollen.

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld:

Der Rat beschließt die Einrichtung einer Stabsstelle „Klimaschutz- und Projekt- Koordination. Hier werden beide Klimamanagerinnen u.a. auch mit der allgemeinen Projektkoordination der Gesamtverwaltung, sowie den Aufgaben im Klimamanagement beauftragt. Nach einem Jahr erfolgt eine Bewertung der Aufgaben zur möglichen Erweiterung einer zusätzlichen Stelle. Die bereits vorhandenen Stellen „Energiemanagement“ und „Mobilitätsmanagement“ unterstützen die Aufgaben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion	9	4	1
Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld	2	11	1

TOP 6.2	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld auf Stellenbemessung im Fachbereich 70 „Straßenneubau, -unterhaltung, Brücken“ Vorlage: 051/2026
---------	--

Herr Volmer stellt klar, dass die Fraktion Pro Coesfeld nicht gesagt habe, dass die geplanten Stellen nicht kommen sollen. Es sollte lediglich eine neutrale Erfassung erfolgen. Auch die in der Öffentlichkeit geführte Brückendiskussion war von der Fraktion nicht gewollt. Daher zieht die Fraktion Pro Coesfeld den Antrag zurück.

TOP 7	Stellenplan 2026 Vorlage: 022/2026
-------	---------------------------------------

Aufgrund der Beschlussfassung bei TOP 6.1 wird darum gebeten, den Beschlussvorschlag 1 separat zur Abstimmung zu bringen.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle mit der Entgeltgruppe 9c nach Entgeltgruppe 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle mit der Entgeltgruppe 9c nach Entgeltgruppe 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 4:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 5:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 6:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW nach Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 7:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 10 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 8:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD in Entgeltgruppe 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 9:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9c TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 10:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 7 LBesG NRW wegfällen zu lassen.

Beschlussvorschlag 11:

Es wird beschlossen, eine 0,38 Stelle mit der Entgeltgruppe 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 12:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 12 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 13:

Es wird beschlossen, eine 0,64 Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD in Entgeltgruppe 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 14:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 15:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 6 TVöD nach Besoldungsgruppe A 6 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 16:

Es wird beschlossen, eine 0,19 Stelle mit der Entgeltgruppe 9c TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 17:

Es wird beschlossen, eine 0,08 Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 18:

Es wird beschlossen, eine 0,53 Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 19:

Es wird beschlossen, 3,0 Beamtenstellen mit der Besoldungsgruppe A 8 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 20:

Es wird beschlossen, eine 0,26 Stelle mit der Entgeltgruppe 6 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 21:

Es wird beschlossen, eine 0,18 Stelle mit der Entgeltgruppe 8 TVöD einzurichten. Die Stelle wird mit einem ku-Vermerk nach Entgeltgruppe 7 TVöD versehen.

Beschlussvorschlag 22:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen mit der Entgeltgruppe 4 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 23:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen mit der Entgeltgruppe 4 TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 24:

Es wird beschlossen, 3,0 Stellen mit der Entgeltgruppe S 12 TVöD einzurichten. Die Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Beschlussvorschlag 25:

Es wird beschlossen, 0,5 Stellen mit der Entgeltgruppe S 12 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 26:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe S 11b TVöD nach Entgeltgruppe 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 27:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9a wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 28:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 6 wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 29:

Es wird beschlossen, 0,23 Stellen mit der Entgeltgruppe 6 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 30:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 31:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW nach Entgeltgruppe 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 32:

Es wird beschlossen, 0,26 Stellen mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 33:

Es wird beschlossen, 0,38 Stellen mit der Entgeltgruppe 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 34:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 35:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 36:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 37:

Es wird beschlossen, eine 0,26 Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten. Die Stelle wird mit einem kw-Vermerk versehen.

Beschlussvorschlag 38:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 39:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 12 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 40:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 9b TVöD nach Entgeltgruppe 10 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 41:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Entgeltgruppe 5 TVöD nach Entgeltgruppe 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 42:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten. Die Stelle wird mit einem kw-Vermerk versehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	0	11	3
Beschlussvorschläge 2 – 42 en bloc	10	0	4

TOP 8	Machbarkeitsstudien Grundschulen - Umbaumaßnahmen Vorlage: 319/2025
-------	--

Herr Musholt stellt klar, dass bei der Ludgerischule nur ein kleiner Teil abgerissen werde. Die Berichterstattung in der Allgemeinen Zeitung sei diesbezüglich irreführend gewesen.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen, den Umbau der Laurentiusschule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 400.000 Euro sind in den HH 2026 aufzunehmen.
2. Es wird beschlossen, den Umbau der Lambertischule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Die Mittel i. H. v. 3,24 Mio. Euro sind beginnend mit dem HH 2028 ff. aufzunehmen.
3. Es wird beschlossen, den Umbau der Ludgerischule gem. dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Pädagogischen Architektur umzusetzen. Es sollen Mittel für die Umsetzung eines Clusters in den HH 2026 ff. eingestellt werden. Die Umsetzung weiterer Cluster und die damit verbundenen Finanzmittel sind ab dem HH-Jahr 2028 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 9	OGS-Ausbau: Ludgerischule - Alternative Umsetzungsvariante Vorlage: 415/2025
-------	---

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Variante 3 (Abriss und Neubau des Baukörpers) zu fokussieren. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 670.000 Euro sind im Haushalt 2026 ff. einzustellen.

Alternative 1:

Es wird beschlossen, die Variante 2 (Umbau des gesamten Baukörpers) zu fokussieren. Die WC-Anlagen sollen zusätzlich zur Aula saniert werden. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 420.000 Euro sind im Haushalt 2026 ff. einzustellen.

Alternative 2:

Es wird beschlossen, die Variante 1 (Umbau sowie Erweiterung der Aula) weiter zu verfolgen. Der bestehende Mittelansatz wird um einen Risikozuschlag von 20 % (176.000 Euro) erhöht, um etwaige Unwägbarkeiten kompensieren zu können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	14	0	0
Alternative 1	obsolet		
Alternative 2	obsolet		

TOP 10	Soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften Vorlage: 002/2026
--------	---

Herr Nielsen teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag bereits im Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales zurückgezogen habe. Nicht, weil sie nicht davon überzeugt sei, so Herr Nielsen, sondern weil sonst eine europaweite Ausschreibung nötig werde. Die SPD-Fraktion wolle mit der bewährten Kooperation weitermachen.

Beschlussvorschlag (Verwaltung) - ergänzt:

Die soziale Betreuung obdachloser Personen in der Stadt Coesfeld soll auf insgesamt 1,5 Vollzeitstellen ausgeweitet werden. Der mit der Alexianer IBP GmbH bestehende Vertrag soll angepasst und fortgesetzt werden. Die erforderlichen Mittel sind in die Haushaltspläne 2026 und Folgejahre einzustellen. *Darüber hinaus wird beschlossen, dass nach 9 Monaten ein Reporting/Monitoring stattfinden soll, um die Wirksamkeit zu überprüfen.*

Beschlussvorschlag (SPD-Fraktion):

Die Stadt setzt die Zusammenarbeit mit der Alexianer IBP GmbH bei der Betreuung obdachloser Menschen in den städtischen Unterkünften fort und finanziert künftig zu diesem Zweck zwei Vollzeitstellen. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushaltsplan 2026 und den darauffolgenden Jahren einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Verwaltung – ergänzt	14	0	0
Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion	zurückgezogen		

TOP 11	Antrag auf Basisfinanzierung des Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Coesfeld e.V. Vorlage: 210/2025
--------	---

Bei Aufruf des Tagesordnungspunktes meldet sich Herr Kämmerling als befangen i. S. d. §31 GO NRW. Er nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Frau Albertz beantragt, dass 8.000 € für den Kinderschutzbund in den Haushalt eingestellt werden sollen, trotz der unglücklichen Entwicklung der Situation. Der Kinderschutzbund solle sich nochmal erklären.

Herr Volmer erinnert an das wohlgelebte Prinzip im Kreisgebiet, sich abzusprechen und fragt nach den Entscheidungen in den anderen Gremien.

Herr Beigeordneter Thies antwortet, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss, Hauptausschuss und Rat der Stadt Dülmen abgelehnt worden sei. Ebenso habe der Kreisjugendhilfeausschuss den Antrag abgelehnt.

Dennoch beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Antrag auf Förderung i. H. v. 8.185 € trotzdem zur Abstimmung gebracht werde. Es wird, wie schon im Jugendhilfeausschuss, die Formulierung des allgemeinen Beschlussvorschlags verwendet. Wenn man der Förderung zustimme, müsse man den Beschlussvorschlag also ablehnen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Coesfeld beschließt, den Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Coesfeld e.V. auf Basisfinanzierung in Höhe von 50.000 € abzulehnen.

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Coesfeld beschließt, den Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Coesfeld e.V. auf Basisfinanzierung in Höhe von 8.185 € abzulehnen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschlussvorschlag	12	0	1	1
Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11	2	0	1

TOP 12 Anträge der Fraktionen zum Haushalt

TOP 12.1 Antrag auf Zurückstellung des Baus der Hochsicherheitspoller am Marktplatz
Vorlage: 034/2026

Beschlussvorschlag (Antrag Bündnis90/Die Grünen):

1. Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, den geplanten Bau der Hochsicherheitspoller am Marktplatz (Investitionsmaßnahme 70STR128) vorerst zurückzustellen.
2. Die Maßnahme ist im Rahmen der Sicherheitsinfrastruktur erneut zu bewerten. Dabei sind Wirksamkeit, Reichweite und Verhältnismäßigkeit zu prüfen.
3. Ergänzend sind flexiblere Alternativen darzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 – 3	14	0	0

TOP 12.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aufstockung Klimaschutzfonds
Vorlage: 026/2026

Herr Böyer spricht sich im Namen der Fraktion Pro Coesfeld gegen eine Erhöhung des Klimaschutzfonds aus, da die Lastenräder aus der Förderung herausgenommen worden seien. Die Fraktion Pro Coesfeld bedaure dies ausdrücklich.

Frau Albertz erläutert, dass der Klimaschutzfonds immer bekannter und beliebter werde. Dieser ermögliche eine unmittelbare finanzielle Entlastung für die Antragsteller und sei im Jahr 2025 fast komplett ausgeschöpft worden. Frau Albertz sieht kein Grund zur Trendumkehr und möchte, dass kein Antrag abgelehnt werden muss. Nicht verwendete Gelder könnten wieder in den Topf zurückgeführt werden.

Herr Jaske sieht im Gesamtkonzept Haushalt, dass keine Gelder übrig seien für freiwillige Aufgaben. Zudem geht er davon aus, dass nicht alle Mittel voll ausgeschöpft werden.

Herr Nielsen ergänzt, dass eine gewisse Sättigung in Sachen Klimaschutz festgestellt werden könne und eine Erhöhung daher nicht gebraucht werde.

Beschlussvorschlag (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Im Haushaltsentwurf 2026 soll der Klimaschutzfonds um 25.000 € auf insgesamt 75.000 € aufgestockt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	3	9	2

TOP 12.3 Antrag zum Haushalt 2026 auf Bereitstellung finanzieller Mittel für die Anschaffung mobilen Equipments zur Videoübertragung von Ausschusssitzungen
Vorlage: 039/2026

Herr Volmer erläutert, dass die breite Öffentlichkeit die politischen Diskussionen verfolgen können solle. Beispielsweise sei der neue Multifunktionsraum im Heimathaus sehr gut ausgestattet, nur Übertragungen könnten noch nicht stattfinden. Den Vorschlag der Verwaltung mit einem Sperrvermerk zu arbeiten, könne die Fraktion nachvollziehen.

Herr Jaske sieht angesichts der Kosten-Nutzen-Relation keine Notwendigkeit für die Beschaffung.

Frau Albertz spricht sich für Transparenz aus, wünscht sich aber konkrete Kosten und Details. Daher spricht sie sich bei der Beschlussfassung eher für einen Prüfauftrag zur Erstellung einer Kostenaufstellung aus.

Herr Volmer spricht sich gegen einen hohen Prüfaufwand für die Verwaltung aus. Der Sperrvermerk biete hier schon eine gute Möglichkeit. Die Technik solle überdies auch für Bürgerveranstaltungen etc. genutzt werden.

Die Rückfrage, ob bei einer Beschlussfassung die Verwaltung den Sperrvermerk formulieren dürfe, bejaht Herr Volmer.

Herr Nielsen spricht sich dafür aus, zunächst die Sitzungen, die bereits übertragen werden, ansehfähiger und nachvollziehbarer zu machen. So müsse es eine entsprechende Kameraführung und sog. „Bauchbinden“ mit den Namen der Mitglieder geben.

Der Leiter des zuständigen Fachbereichs Zentrale Dienste und Bürgerservice, Herr Volmer, erläutert, dass technisch alles möglich sei. Für die Umsetzung mit Kameraschwenk auf die redende Person, Bauchbinden etc. gebe es Dienstleister. Dann müsse pro Sitzung mit Kosten von ca. 3.500 € gerechnet werden. Eine abgespeckte Version hätte nicht alle Merkmale. Außerhalb des Sitzungssaals könne eine Übertragung vermutlich nicht ohne Extra-Personal durchgeführt werden, der Aufwand sei also verhältnismäßig hoch.

Herr Tranel stellt abschließend fest, dass es zwei Möglichkeiten gebe: eine einfache Lösung ohne einen extra Ansatz oder mehrere Tausend Euro zu investieren. Er spricht sich dafür aus, dies als laufendes Geschäft der Verwaltung anzusehen und der Verwaltung die Umsetzung zu überlassen.

Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld - geändert:

Der Rat beschließt die notwendigen finanziellen Mittel für die Anschaffung eines mobilen technischen Systems zur Live-Videoübertragung von Sitzungen der politischen Gremien bereitzustellen. Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk, *den die Verwaltung formuliert*, versehen und erst freigegeben, nachdem die genauen technischen Anforderungen, der konkrete Umfang der Ausstattung sowie die Art der Umsetzung in den zuständigen Gremien beraten und beschlossen wurden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	2	10	2

TOP 12.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Investition 70STR121 soll mit einer neuen Überplanung reduziert werden. Vorlage: 048/2026
--

Beschlussvorschlag (CDU-Fraktion):

Dem Antrag der CDU-Fraktion im Budget 70 Produkt 70.01 die Investition 70STR121 in Höhe von 745.000 Euro mit einer neuen Überplanung zu reduzieren wird zugestimmt.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Mittel für die Planung der Fahrradstraßen im Hengtegebiet in Höhe von 58.000,-€ verbleiben im HH 2026. Die Mittel zur Umsetzung der Baumaßnahme „Fahrradstraßen Hengtegebiet“ werden gem. Änderungsliste zum Haushalt 2027 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion	11	2	1
Altern. Beschlussvorschlag der Verwaltung	obsolet		

TOP 12.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.01.2026 - Reduzierung im Budget 60 Produkt 60.01. Vorlage: 036/2026
--

Beschlussvorschlag 1:

Dem Antrag der CDU-Fraktion zum Streichen der HH-Mittel 2026 für den Bau der Veloroute wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag 2:

Dem Antrag der CDU-Fraktion zum Streichen der HH-Mittel 2026 für die Umgestaltung des Stadtparks wird insoweit zugestimmt, dass lediglich die veranschlagten Planungskosten für die Verlagerung des Kanuvereins in Höhe von 10.000 € gewährt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	11	3	0
Beschlussvorschlag 2	12	2	0

TOP 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2026 Vorlage: 028/2026
--

Herr I. Beigeordneter Hänsel hat eine Änderungsmitteilung zum Haushaltsentwurf, die er anhand einer Vorlage präsentiert, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Hintergrund sei, dass das Heriburg-Gymnasium übergangsweise einige Klassenräume der ehemaligen Martin-Luther-Schule nutzen sollte. Zwischenzeitlich sei diese aber als Flüchtlingsunterkunft genutzt worden, mit der Folge, dass die Räume nicht mehr für Unterrichtszwecke hergerichtet werden können. Daher sei es nötig, 4 Container zu beschaffen. In diesem Fall sei ein Kauf günstiger als eine Anmietung, da die Container mindestens 3 Jahre benötigt würden und dann auch wiederverwendet werden könnten.

Herr Volmer würde begrüßen, wenn nicht so viele Ergänzungen bis zur Ratssitzung vorliegen würden. Bei Abwägung der bisher bekannten Ergänzungen, könne die Fraktion Pro Coesfeld dem Haushalt zustimmen.

Herr Nielsen teilt mit, dass die SPD-Fraktion schon den Teilbudgets zugestimmt habe und nun auch dem Haushalt zustimmen werde. Es sei interessant, um wie viel Prozent sich der Haushalt in durch die politischen Beratungen verändert habe. Im Ergebnis habe es viele Sitzungen um wenig Geld gegeben, so Herr Nielsen.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 einschließlich Anlagen wird unter Berücksichtigung der Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	10	0	4

TOP 14 Anfragen

Herr Volmer bezieht sich auf die Digitalisierungsstrategie der Verwaltung aus dem Jahr 2021 und bittet darum, dass die Verwaltung diese fortschreibe.

gez. Dennis Bachmann
1.stellvertretender Vorsitzender des
Haupt- und Finanzausschusses

gez. Katharina Woltering
Schriftführerin